Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 183. 22. Dezember

3. Jahrgang 1923

Adresse für alle Sendungen: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.
Telegrammadresse: Wien, Inprekorr.

INHALT:

Der Bankrott Deutschlands. Von Pawlowsky . . . 1547

Deutschland.
Minister-Bockspringen in Sachsen 1549

Politik.
Brief aus Italien. Von Masci 1550

Aus Sowjetrußland.
Der Kongreß der wissenschaftlichen Arbeiter in Rußland. Von Lunatscharsky 1551

Arbeiterbewegung.
Die Knebelung der Gewerkschaften in Brasilien 1552

Jugendbewegung.
Rüstet zum Gedächtnistag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg! 1552

Weißer Schrecken.
Der weiße Schrecken. Von Anatole France 1553

Rote Hilfe.
Das Elend der Kinder der politischen Gefangenen. Von Vogeler 1553

Buchbesprechung.
„Protokoll der Erweiterten-Exekutive-Sitzung der KI. vom 12.—23. Juni 1923“ 1554

Der Bankrott Deutschlands.

Von E. Pawlowsky.

** Als ich vor zwei Jahren unter diesem Titel ein Büchlein veröffentlichte, das den Zusammenbruch Deutschlands voraussagte, war es nur ein ganz kleiner Kreis von Genossen, der meine Ansicht teilte. Viele Genossen nahmen die Sache als Agitationsgrundlage an, ohne von ihrer Richtigkeit überzeugt zu sein. Bei den Bürgerlichen fand diese Auffassung allgemeine Ablehnung.

Heute ist die Tatsache, daß der deutsche Staat bankrott ist, allgemein anerkannt. Der Staat ist nicht mehr imstande, seinen Beamten am 17. Dezember ihren Gehalt zu bezahlen. Sie erhielten nur die Hälfte des Gehaltes mit der Bemerkung, „es ist in Aussicht genommen, die andere Hälfte am 21. Dezember auszuzahlen“. Ebenso bankrott ist die Reichsbahn, die unlängst finanziell vom deutschen Staate abgesondert wurde. Der Bankrott beschränkt sich nicht auf das Reich und die Betriebsunternehmungen des Reiches: jeder einzelne Staat und jede Stadt ist im besonderen ebenfalls bankrott.

Auch die Produktion selbst befindet sich in der schwersten Krise. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Oktober 1923 nach Angaben der Facharbeiterverbände bei den wichtigsten sechs Gewerkschaften:

Verband	Erfaßte Mitglieder in 1000	Voll-arbeitslose (prozentual)	Kurzarb. (prozent.)	Zusammen in 1000	(prozent.)
Bauarbeiter . .	487	25·8	—	126	25·8
Holzarbeiter . .	394	18·5	33·3	204	51·9
Metallarbeiter . .	1152	18·9	77·1	1106	96·0
Textilarbeiter . .	685	10·6	58·3	472	68·9
Fabrikarbeiter .	676	11·0	22·0	223	33·0
Buchdrucker . .	68	18·2	59·0	46	68·1
Zusammen . . .	3462	17·2%	41·6%	2177	57·3

Nach diesen Daten waren Ende Oktober in den wichtigsten Produktionszweigen bereits 57·3% der Arbeiter arbeitslos oder Kurzarbeiter. Seither hat sich die Lage weiter verschlechtert. Die Produktion in Deutschland befindet sich in der schwersten Krise, die man sich vorstellen kann. Diese Produktionskrise hängt mit dem Bankrott des Staates aufs engste zusammen.

Der gegenwärtig so scharf hervortretende Bankrott der deutschen Staatsfinanzen ist keine neue Erscheinung. Der deutsche Staat war schon seit zwei Jahren finanziell bankrott. Doch wurde diese Tatsache durch die immer weiter gehende Emission von Papiergeld verschleiert. Die Möglichkeit dieser Verschleierung nahm im Herbst 1923 ihr Ende, indem sich die Agrarier und die Bauern weigerten, gegen Papiergeld Lebensmittel zu verkaufen. Hierdurch war die Ernährung der Städte unmöglich geworden, und es ergab sich die gebieterische Notwendigkeit, ein neues Geld zu schaffen, das von den Bauern angenommen wird. Das führte zur Schaffung der Rentenmark, zur Verhinderung der weiteren Deckung des Defizits, beziehungsweise Verschleierung des Bankrotts durch schrankenlose Emission von Papiergeld.

Die Ursache des Bankrotts des Deutschen Reiches liegt — neben den außenpolitischen und sozialen Verhältnissen, auf die wir in diesem Zusammenhang nicht weiter eingehen wollen — vor allem in der absoluten Steuersabotage der deutschen Bourgeoisie. Die gesamte Steuerleistung des deutschen Volkes betrug über den amtlichen Dollarkurs berechnet in Millionen Goldmark:

Im Jahre 1922	1178·2
Im Jahre 1923	
Januar	57·2
Februar	43·3
März	54·8
April	85·8
Mai	122·6
Juni	48·3
Juli	48·3
August	13·0
September	1·4
Zusammen	474·7

Von diesen Einnahmen entfällt der größte Teil auf Steuerleistungen der Arbeiterschaft (Lohnabzug) und der „Konsumenten“, das heißt ebenfalls überwiegend der Arbeiterschaft in der Form der Umsatz- und Verbrauchssteuern. Die Steuerlei-

stungen der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Agrarier zusammen hat in diesem Jahre, übertrieben hoch geschätzt, nicht mehr als 200 Millionen Goldmark betragen. Hierbei muß noch in Betracht gezogen werden, daß durch die Neuregelung des Finanzsystems durch Erzberger ein großer Teil der Ausgaben der Einzelstaaten und Gemeinden ebenfalls durch die Reichseinnahmen gedeckt werden muß, daß die Bourgeoisie auch keine nennenswerten Staats- und Gemeindesteuern geleistet hat.

Wie geringfügig diese Steuerleistung ist, geht bei einem Vergleich mit den Staatseinnahmen Frankreichs oder Englands hervor. Die Staatseinnahmen Frankreichs betrugen in den Jahren 1922 und 1923 über 20 Milliarden Papierfranken, gleich ungefähr 6 bis 7 Milliarden Goldmark; jene Englands 900 bis 1000 Millionen Pfund, gleich 17 bis 18 Milliarden Goldmark. Wenn man die Verarmung Deutschlands noch so hoch einschätzt, so ist es doch undenkbar, daß das 60 Millionen Menschen zählende deutsche Volk bloß eine Steuerleistung von einem Fünftel bis einem Zehntel aufbringen könnte als das an Volkszahl um ein Drittel kleinere französische Volk.

Diese systematische Steuersabotage der deutschen herrschenden Klassen wurde zum Teil durch politische Gesichtspunkte hervorgerufen. Die deutschen herrschenden Klassen wollten vor allem der Entente gegenüber den Beweis liefern, daß Deutschland zu Reparationszahlungen unfähig ist. Diese Politik erlitt durch die Ruhrbesetzung eine vollkommene Niederlage und endete mit der tatsächlichen Lostrennung des ökonomisch wichtigsten Teiles Deutschlands vom Reich. Das andere Motiv der Steuersabotage war der Gedanke, durch Steuersabotage die Diktatur der Bourgeoisie zu erzwingen. Waren auch die Rechte und Machtpositionen der Arbeiterschaft, die sie sich in der Novemberrevolution errungen hatten, langsam abgebaut worden, so waren noch wertvolle Reste davon übrig geblieben: der gesetzliche Achtstundentag, die Demobilmachungsverordnung, die Betriebsräte usw. Der bewußteste Teil der herrschenden Klasse motivierte die Steuersabotage damit, daß er diesem „marxistischen" Staate keine Mittel zur Verfügung stellen wolle. Wenn wir hier von dem politischen Ziele der Steuersabotage sprechen, so haben wir den klassenmäßigen, historischen Sinn des Vorganges vor Augen: der Einzelsteuerzahler hat sich der Steuerpflicht einfach entzogen aus individuell egoistischen Motiven, da der Staat zu schwach war, ihn zur Steuerleistung zu zwingen.

Es ergibt sich nun die Frage, wie sich die Finanzlage Deutschlands weiterhin gestalten wird. Gegenwärtig hat das Reich keine Möglichkeit, die notwendigsten Ausgaben irgendwie leisten zu können. Durch das Gesetz über die Schaffung der Rentenbank fiel die weitergehende Diskontierung von Schatzanweisungen durch die Reichsbank fort. Der Rentenmarkkredit, der auf 1200 Millionen Rentenmark finanziert war, ist bereits verausgabt. Es bleiben daher folgende Lösungen denkbar: erstens die Erhöhung des Kapitals der Rentenbank und im Zusammenhang damit Erhöhung des dem Staate zu gewährenden Kredits; zweitens neuerliche Kredite bei der Reichsbank; drittens Emittierung von weiteren Mengen von Goldanleihen oder Goldschatzanweisungen; viertens ausländische Kredite und fünftens Erhöhung der steuerlichen Einnahmen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Ausgaben, das heißt Ausgleichung des Staatshaushaltes. Von diesen möglichen Wegen führen die ersten drei unweigerlich dazu, die seit dem 20. November erreichte Stabilisierung der Papiermark und Rentenmark über den Haufen zu werfen. Ausländische Anleihen sind unter den gegenwärtigen Umständen kaum zu erhalten, außer unter Bedingungen, die einer Kolonisierung Deutschlands gleichkommen. (Sehr bezeichnend sind in dieser Beziehung die Bedingungen, unter denen die Reichsbahn einen Kredit von 700.000 Pfund erhalten hat. Für den Kredit wurden Braunkohlenlager in Pfand gegeben und außerdem haben das Kalikartell, die Großbanken und die Großindustrie die Garantie übernommen. Bei dieser mehrfachen Garantie zahlt die Reichsbahn nicht weniger als 12% Zinsen für die Anleihe.)

Was die Bilanzierung des Staatshaushaltes anbelangt, so wäre diese unmöglich, wenn die deutsche Bourgeoisie nicht mindestens das Fünfzehn- bis Zwanzigfache an Steuern in Gold zahlen würde, als sie im Jahre 1922 gezahlt hat. Nun sind die politischen Gründe, die der deutschen Bourgeoisie die Steuerzahlung bisher als unzweckmäßig erscheinen ließen, fortgefallen. Durch die Besetzung des Ruhrgebietes hat sich Frankreich ein Pfand gesichert und wenigstens einen Teil der deutschen Bourgeoisie dazu gezwungen, Reparationsleistungen zu zahlen. Anderseits ist durch den Übergang der Macht an den General Seeckt die erstrebte Diktatur der deutschen Bourgeoisie in Deutschland tatsächlich verwirklicht. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf Vorkriegshöhe, die Entlassung der den Kapitalisten überflüssig erscheinenden oder mißliebigen Arbeiter ist vollzogen, die Reallöhne sind auf ungefähr 44% der Vorkriegszeit herabgedrückt worden*). Kurzum, die Bedingungen sind geschaffen, unter denen die deutsche Bourgeoisie den deutschen Staat als ihren Staat betrachten kann. Das Problem steht nunmehr so:

Wird bei der deutschen Bourgeoisie unter den geänderten Verhältnissen der Wille vorhanden sein, durch entsprechende Steuerleistungen den Fortbestand des Deutschen Reiches sicherzustellen?

Ist die deutsche Bourgeoisie bei vorausgesetztem Willen hierzu ökonomisch imstande, diese Steuerleistung aufzubringen?

Es scheint, daß im Zusammenhang mit der erfolgten Verschiebung der Machtverhältnisse der Klassen und aus Furcht davor, daß der eben errungene Sieg über die Arbeiterklasse durch den Zusammenbruch des Staates gefährdet werden könnte, der völlig klassenbewußte Teil der deutschen Bourgeoisie nunmehr geneigt ist, die Steuersabotage aufzugeben. Sehr bezeichnend sind diesbezüglich die Ausführungen des Stinnes-Organs, der „DAZ." vom 14. Dezember. Es heißt dort:

> „Es handelt sich im Augenblick darum, daß sofort Geld beschafft wird, und zwar nicht nur im Interesse des Staates, sondern ebenso im Interesse der Wirtschaft... Es muß zu unübersehbaren Konsequenzen führen, wenn eines Tages die Rechtsprechung, die Polizei, die Reichswehr und die Verwaltung aufhören sollte, zu funktionieren, wenn die Gehaltszahlungen für Beamte nicht mehr regelmäßig erfolgen kann, wenn die Korruption sich breit macht, wenn die völlige Auflösung kommt.
>
> Das Interesse der Wirtschaft und das Interesse des Staates sind selten so eng miteinander verbunden wie in heutigen und in künftigen Tagen."

Die nächste Zeit wird daher die Probe erbringen, ob die deutschen herrschenden Klassen einen genügend starken politischen Klassenwillen dazu haben, um ihren eigenen Staat zu erhalten; oder ob der Auflösungsprozeß bereits soweit fortgeschritten ist, daß dieser staatsbildende Klassenwille an den individuellen Interessen der einzelnen Personen scheitert.

Die zweite Frage, ob die deutschen herrschenden Klassen ökonomisch imstande sind, so viel Steuern aufzubringen, um den Fortgang der Staatsgeschäfte zu ermöglichen, ist sehr schwer zu beantworten. Es hängt vor allem von dem Kampfeswillen des deutschen Proletariats im weitesten Sinne, von den Arbeitern Angestellten und Beamten ab. Würde die gegenwärtige Apathie des deutschen Proletariats eine Dauererscheinung bilden, würden sich Beamte, Angestellte und Arbeiter die Verlängerung der Arbeitszeit, die Herabsetzung des Reallohnes und das Bestehen einer ungeheueren Arbeitslosigkeit auf die Dauer kampflos gefallen lassen, würden sie die Stabilisierung der bürgerlichen Diktatur widerstandslos hinnehmen, so wäre es ganz gut denkbar, daß die deutsche Bourgeoisie imstande wäre, auf Kosten der arbeitenden Klassen die finanzielle Festigung der bürgerlichen Diktatur auf eine Weile zu bewerkstelligen. Es ist hierbei in Betracht zu ziehen, daß eine längere andauernde Festigung der bürgerlichen Diktatur ein Zurückströmen der nach dem Auslande gebrachten Kapitalien und einen neuerlichen Zustrom von ausländischem Kapital, der in den letzten lichen Zustrom von ausländischem Kapital, der in den letzten Monaten vollkommen zum Stillstand gekommen war, hervorrufen würde. Auch würde sich vielleicht das ausländische Kapital zur Gewährung einer größeren Anleihe herbeilassen, wenn das bürgerliche Regime in Deutschland als gefestigt erscheinen würde.

Das Ergebnis dieser Entwicklung wäre die Verwandlung Deutschlands in eine Kolonie der Ententemächte, in der die

---

*) Nach der Berechnung der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik", Nummer 22, betrug der durchschnittliche Tariflohn der gelernten Berg-, Bau-, Holz-, Metall-, Textil- und Fabrikarbeiter und Buchdrucker im Durchschnitt des Monats Oktober pro Woche 15·58 Mark Reallohn gegenüber einem Goldmarklohn von 35 Mark im Jahre 1913, das heißt 44·51% des Vorkriegslohnes. Diese Berechnung ist aber aus verschiedenen Gründen noch zu günstig, da die Momente der Inflation, der höheren Steuerleistungen usw. nicht berücksichtigt sind.

deutschen Kapitalisten im Dienste des Auslandskapitals die deutsche Arbeiterschaft ausbeuten und deren Lebenshaltung ständig auf diejenige der echten Kolonialvölker herabdrücken würden. Diese Umwandlung würde zu einer Degenerierung des deutschen Volkes, eventuell zu einer Massenauswanderung und zu einem Massensterben führen.

So trostlos dieser Augenblick ist, wäre es unrichtig, Illusionen zu nähren: So vollkommen auch der Zusammenbruch des Deutschen Reiches in diesem Moment ist, eine Sanierung ist unter bürgerlicher Führung nicht ausgeschlossen, wenn hierzu bei den herrschenden Klassen der nötige Klassenwille vorhanden ist, und wenn die arbeitenden Klassen diesem bürgerlichen Klassenwillen nicht ihren konsequenten, zähen, erbitterten Revolutionswillen entgegenstellen! Die Ereignisse der letzten Wochen werden die große Masse der deutschen Arbeiterschaft auf diesen Weg führen!

Deutschlandhilfe

Minister-Bockspringen in Sachsen.

** In Rußland nannte man den fortgesetzten Ministerwechsel unter der Herrschaft der Menschewiki von der Februarrevolution bis zum Oktober 1917 Ministerbockspringen. In Deutschland ist die Ministerbockspringerei längst ein eherner Bestandteil des Stundenplans der Parlamente geworden. Die bürgerliche Demokratie und ihr Parlamentarismus demonstrieren durch diese Tatsache nach außen ihre Unfähigkeit, eine große Nation zum Aufstieg und zur Freiheit zu führen. Die Militärdiktatur sieht diesem Treiben im Augenblick noch belustigt zu. Die Generale haben jedoch die Macht, diesem parlamentarischen Ränkespiel im Bedarfsfalle durch einen Leutnant und zehn Mann ein Ende zu machen und die Minister- und Parlamentsstuben auszuräumen. In Sachsen wurde dieses Experiment zum erstenmal praktisch geübt. Demokratie und Parlamente haben der Exekution der sächsischen Regierung frenetisch Beifall geklatscht.

Am 30. Oktober halfen die Demokraten in Sachsen das sozialdemokratische Minderheitskabinett Fellisch bilden. Die Militärdiktatur gestattete dieses Kabinett. Die sozialdemokratischen Führer erklärten im Parlament, daß diese Regierung „einen neuen Kurs" halten und den Generalsstiefel respektieren werde. Dieses Versprechen hat die Regierung auch in devotester Weise gehalten. Der „Nachrichtenapparat" der Regierung wurde vom General zerschlagen. Die Regierung hat nicht gemuckst. Massenentlassungen sozialdemokratischer und kommunistischer Beamter in der Polizei erfolgten. Keine Gegenwehr. Der General verbot der Regierung amtliche Darstellungen über die schwarze Reichswehr in ihrer „Sächsischen Staatszeitung" zu veröffentlichen. Auch dieser Fußtritt wurde mit Handkuß quittiert. Nicht eine einzige sozialdemokratische Zeitung druckte den vom General verbotenen Aufsatz der Regierung ab. Diese Rückwärtsoffensive der Sozialdemokraten steigerte den Appetit der Generalität. Durch einen neuen Ukas setzt der Herr mit den unumschränkten Vollmachten Paragraphen der Verfassung, des Strafgesetzbuches und des sächsischen Gemeinderatswahlgesetzes mit einem Federstrich außer Kraft. Die Kommunisten sind aufgelöst. Damit basta!

Die bürgerlichen Parteien können mit dieser Regierung durchaus zufrieden sein. Der äußere Anlaß zum Vorgehen der demokratischen Partei gegen die Regierung liegt auch nicht in einer Amtshandlung der Regierung, sondern in der bereits im März 1923 erfogten Verpflichtung des Innenministers Liebmann, einen Zwanzig-Millionen-Fonds zum Kampfe gegen die Reaktion zu verwenden. Warum dennoch der Sturz des Kabinetts Fellisch? Die Antwort liegt auf der Hand. Die Kapitalisten wollen jetzt mehr, sie möchten alles haben. Die Deutschnationalen haben bereits den Vorschlag gemacht, eine bürgerliche Regierung zu bilden. Obwohl parlamentarisch in der Minderheit, könnte diese Regierung mit Hilfe des Generals ihre Maßnahmen durchdrücken, selbst wenn sie von der Mehrheit des Landtags abgelehnt werden würden. Die bürgerlichen Rechtsparteien sind in ihrer politischen Kalkulation ausgegangen von der hündischen Unterwürfigkeit der meisten sozialdemokratischen Führer, von der Tatsache, daß viele dieser Führer selbst Bourgeois sind. Nach den bisherigen Leistungen der VSPD. liegt es im Bereich der Möglichkeiten, daß diese Partei aus Furcht vor Neuwahlen auch eine bürgerliche Minderheitsregierung unterstützt. Haben sich doch bei der Metallarbeiteraussperrung in Leipzig Anfang Dezember sozialdemokratische Gewerkschaftsführer mit der Bitte um einen Schiedsspruch an den weißen General gewandt, da sie „das Vertrauen in den General setzten, daß der Schiedsspruch gerecht ausfallen würde". Die Konterrevolution weiß sehr gut, daß die Knechtseligkeit sozialdemokratischer Führer keine Grenzen hat. Sie wollen deshalb nicht länger dulden, daß in Sachsen eine Politik der großen Koalition von einer sozialdemokratischen Regierung durchgeführt wird. Sie fordern nunmehr auch formell die Anerkennung dieser Politik durch Bildung einer Regierung der großen Koalition. Innerhalb der Stinnes-Koalition würden dann die sächsischen „Linken" genau so wie die in der Reichstagsfraktion von einem Verbrechen gegen das Proletariat zum anderen geschleppt. Zwischen der Angst vor dem Schicksal des parlamentarischen Kretinismus ihrer Reichstagsfraktion und der Furcht vor der Abrechnung mit den Proleten auf dem Schlachtfelde des Kapitals, schwanken diese Linken haltlos hin und her. Sie sind mit ihren Ebert und Sollmann darin einverstanden, daß der Kapitalismus gerettet werden muß vor dem „Chaos" der proletarischen Revolution. Während jedoch die Rechten diese Rolle allein spielen wollen, suchen die Linken für das Werk ihres Verrats nach Bundesgenossen, die nicht kompromittiert sind. Sie wollen den Schutz der Bourgeoisie mit den Kommunisten gemeinsam übernehmen. Durch diesen taktischen Zug glauben sie, am erfolgreichsten die Opposition im eigenen Lager niederhalten zu können. Diese Einstellung der linken VSPD. — nicht etwa der Wille zum Kampfe der Massen gegen die Militärdiktatur — führte zu dem Beschluß des Dresdner Parteitages vom 2. Dezember, der vor dem Eingehen einer Koalitionsregierung Verhandlungen mit den Kommunisten wegen Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung mit kommunistischer Unterstützung verlangt. Scheitern diese Verhandlungen, dann soll ein neuer Landesparteitag über die Frage Koalition oder Neuwahl entscheiden.

Die sozialdemokratische Presse Sachsens macht inzwischen Stimmung für eine Koalitionsregierung. Die Linken lehnen ja die Koalition nicht grundsätzlich ab. Sie haben sich bei all ihren Beschlüssen eine Tür für die Arbeitsgemeinschafts- und Burgfriedenspolitik mit der besitzenden Klasse offen gelassen. In Sachsen stehen infolge der Stimmung der Arbeiter fast alle sozialdemokratischen Führer in „Opposition". Eine Reihe Sozialdemokraten will sich jedoch mit Lipinski in der Opposition nicht kompromittieren. Diese Lage hat zur Herausbildung eines rechten und eines linken Flügels der Opposition geführt. Der „rechte Flügel" der Opposition schickt seine Prätorianer ins Land, die als Preisboxer gegen die Beschlüsse des Dezemberparteitages die Mäuler und die Fäuste rühren. Im Zittauer Bezirk ist bereits eine Resolution gegen das Zusammengehen mit den Kommunisten angenommen worden. Der „linke Flügel" der Opposition fürchtet sich vor jeder aktiven proletarischen Massenbewegung, vor der Koalition und vor Neuwahlen. Er möchte fortwursteln und alle politischen Entscheidungen auf bessere Tage verschieben. Um das Bild rund zu machen, sei nur noch erwähnt, daß in der Hetze gegen die Kommunisten das Organ Lipinskis, die „Leipziger Volkszeitung", wieder den ersten Platz behauptet.

Mit den Mitteln der überlieferten Phraseologie versucht die Sozialdemokratie in ihrer Presse Sachsen als „sozialistisches Bollwerk" hinzustellen. Diesen Quatsch glaubt heute kein Arbeiter mehr, und selbst die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber glauben es nicht. Die sächsische Regierung ist heute mehr denn je eine Regierung zur Diskreditierung des Sozialismus. Weder die Regierung noch die Sozialdemokratische Partei haben den Willen, einen ernsthaften Kampf um die Wiederherstellung der proletarischen Grundrechte zu führen. Sozialdemokratische Führer sind es gewesen, die Sachsen dem weißen Terror ausgeliefert haben. Die Stresemannsche Große Koalition hat die Reichsexekution gegen Sachsen durchgeführt, sie ließ die sächsische sozialdemokratisch-kommunistische Regierung **mit Gewalt** absetzen. Ebert und Sollmann schickten die weißen Garden nach Sachsen. Dieselben Sozialdemokraten, die dem Generalstreik der sächsischen Arbeiterschaft in den Rücken gefallen sind, beleidigen jetzt die Arbeiter, indem sie ihnen glauben machen wollen, es gehe um die Erhaltung eines sozialistischen Bollwerks in Sachsen. Diese Spekulation auf die Gedächtnisschwäche des Proletariats muß ohne Erfolg bleiben. Dafür hat jeder anständige Arbeiter zu sorgen.

Es würde eine Schändung der toten Opfer der sozialdemokratischen Reichsexekution gegen Sachsen und eine gröbliche Beschimpfung der Hunderte sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter in den Gefängnissen gleichkommen, wenn die Kommunisten diesen Sozialdemokraten helfen würden, die

Bourgeoisie zu retten. Die Kommunisten und die sächsische Arbeiterschaft haben die Erfahrungen mit den linken sozialdemokratischen Führern nicht umsonst durchgemacht. Mit diesen Leuten gibt es weder eine gemeinsame Regierungsbildung noch eine Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Die Kommunisten werden nicht helfen, die Militärdiktatur parlamentarisch zu verschleiern. Weder die proletarische Mehrheit im sächsischen Landtag noch eine sozialdemokratische Regierung in Sachsen sind jetzt für das Proletariat eine Machtposition. Machtpositionen muß sich das Proletariat erkämpfen, erkämpfen mit allen Mitteln.

Das Schwergewicht des proletarischen Klassenkampfes liegt heute mehr denn je in der außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen. Die neue Etappe im Ministerbockspringen der bankrotten bürgerlichen Demokratie hat mit Klassenkampf nichts zu tun. Nur wenn es die Arbeiterschaft versteht, durch die Zusammenschweißung aller proletarischen Elemente mit dem parlamentarischen Kretinismus und der Militärdiktatur Schluß zu machen, nur dann wird auch das Ministerbockspringen ein Ende haben. Der Aufstieg zur inneren und äußeren Freiheit Deutschlands kann nur erfolgen unter der Führung der Kommunisten. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben jetzt die Aufgabe, dem Koalitionswilien ihrer Führer ihren proletarischen Massenwillen zur Einheitsfront mit allen Arbeitern entgegenzustellen. In jedem Betrieb, auf jedem Arbeitsnachweis muß diese Aufgabe besprochen werden. Nur dann wird es möglich sein, von der proletarischen Einheitsfront in Sachsen aus die Kampffront der deutschen Arbeiter in Deutschland neu zu hämmern und die Reihen diesmal von allen Verrätern reinzuhalten.

Politik

Brief aus Italien.

Von G. Masci.

** Am 10. Dezember ist ein königliches Dekret veröffentlicht worden, das der parlamentarischen Session, die im Mai 1921 begonnen hatte, ein Ende bereitet. Man weiß noch nicht, ob die Schließung der Session auch die Schließung der Legislatur bedeutet; das wird nicht so sehr von der allgemeinen politischen Lage des Landes abhängen, wie von der inneren Lage der Faschistenpartei.

Seit einigen Tagen gehen in allen örtlichen Fasci, unter der Kontrolle der Präfekten und unter der direkten Aufsicht der Karabinieri, die Wahlen der neuen Führer vor sich. Wenn diese Wahlen, wie es angesichts der vorbeugenden Maßnahmen der Regierung und des provisorischen Zentralkomitees der Faschistenpartei wahrscheinlich ist, zum Ergebnisse den Sieg des Mussolinismus haben werden, dann werden die Wahlen im nächsten Frühjahr durchgeführt werden. Wenn die Regierung eine gewisse Sicherheit haben wird, verhältnismäßig homogene faschistische Kandidatenlisten zusammenstellen zu können, die nach den Wahlen nicht zu allzu vielen verdrießlichen Zwischenfällen führen, wird es sehr leicht sein, die Opposition auf ein Mindestmaß zu reduzieren und eine glänzende Volksabstimmung zugunsten der neuen Herrscher zu erzielen. Damit diese Volksabstimmung eine recht breite Grundlage habe, hat die Regierung schon begonnen, Vorkehrungen zu treffen: Die gesamte legale Presse der Kommunistischen Partei ist unterdrückt worden.

Diese parlamentarische Session hat die fortschreitende Liquidierung aller überlieferten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien gesehen. Sie hatte mit einer kleinen Gruppe von 30 Faschisten unter der Regierung von Giovanni Giolitti begonnen, die es kurz vorher unter der prächtigen Mitwirkung von D'Arragona, Turati und Modigliani durchgesetzt hatte, daß die Metallarbeiter die Fabriken den Kapitalisten zurückgaben, und war in einer ihrer letzten Abstimmungen dazu geneigt, Mussolini die Vollmachten zu erneuern, mit einer überwältigenden Mehrheit, zu der auch die parlamentarische Fraktion der Volkspartei getreten war.

In keinem der bürgerlichen Staaten war jemals ein derart schmachvolles Beispiel von Niederträchtigkeit und Verächtlichkeit zu sehen gewesen. Die gegenwärtige Legislatur, die entstanden war, um den Bürgerkrieg, der damals im Mai 1921 in ganz Italien mit äußerster Heftigkeit entfesselt war, mit einer Lavine von Stimmzetteln zu ersticken, hat nur dazu gedient, um zu zeigen, wie die Demokratie absolut unfähig ist, es zu verhindern, daß der von den rechten Elementen geförderte Staatsstreich verwirklicht werde. Objektiv kann man heute anerkennen, daß die drei Kabinette, die der Machterlangung des Faschismus vorangegangen waren, die gute Absicht hatten, den Faschismus zu zügeln und eine gewisse Gesetzlichkeit wieder herzustellen. Giolitti hoffte, die faschistische Krankheit mit demselben homöopathischen System heilen zu können, das er im September 1920 bei den Arbeitern angewandt hatte. Von dieser Möglichkeit hatte ihn die leichte Art und Weise überzeugt, mit der es ihm gelungen war, D'Annunzio vom Faschismus zu isolieren, indem er Mussolini mit skandalösen Enthüllungen bedrohte, die ihn angeblich erledigt hätten. Aber so sehr er auch den Kapitalisten und den Agrariern das Höchstmaß an Zugeständnissen gemacht hatte mit dem Dekret vom Juli 1921, das alle Schutzzölle bis zum hellen Unsinn verschärfte, mußte sich Giolitti wegen des unerbitterlichen Willens der reaktionären Rechten zurückziehen. Das Ministerium Bonomi, das ihm folgte, schien noch entschlossener: In Sarzana erschossen die Karabinieri, in Modena die Königlichen Garden einige Dutzend Faschisten, die die staatlichen Behörden überwältigen wollten. Jedoch gegenüber der unmittelbaren Offensive der Reaktion, die es soweit brachte, den Selbstmord des Generals Amelio, des Leiters der Königlichen Garde, herbeizuführen, war das Ministerium Bonomi gezwungen, heruntergekommen wie es war, unter der Hand gemeinschaftlich mit den Anhängern Nittis und der Reformisten der Gruppe Modigliani eine bewaffnete Organisation von gleichem faschistischen Typus zu schaffen: Die Arditi del Popolo.

So ging auch das Kabinett Bonomi unter, das mit seinen halben Maßnahmen nur eines erzielt hatte, den faschistischen Vormarsch zu stärken und entscheidender zu gestalten. Das dritte Kabinett, das von Facta, krönte das Werk der beiden vorangegangenen. Die verschwommene und unbedeutende Figur dieses kleinen giolittianischen Provinzadvokaten mußte der Demokratie, unterstützt von der stärksten Gruppe der Industriellen und der Bankiers von Norditalien, dazu dienen, um für die großen strategischen Manöver, die zur Erstickung des Faschismus, auch mit „militärischer Gewalt", hätten führen sollen, den Deckmantel abzugeben. Offensichtlich war es jedoch zu spät, oder die Kräfte, über die die Demokratie verfügte, waren allzu ungenügend. In der ersten Hälfte 1922 mißlang der Versuch der Regierung, das Korps der Karabinieri, das unmittelbar vom Kriegsminister, dem faschistischen Agrarier Fürst Scalea, beaufsichtigt wurde, zu zergliedern, um die Hälfte davon (etwa 30.000 Mann) in das Korps der Königlichen Garde zu überführen, die von der giolittianischen Generaldirektion der Polizei beaufsichtigt war. Gegen Mitte Oktober glaubte der Generalstabschef General Badolio bei einem Offiziersbankett gleichwohl noch sagen zu können, daß der Faschismus in vierzehn Tagen mit den gewöhnlichen Mitteln der Polizei und des Heeres erledigt werden könnte. Man kündigte für den 4. November die Ankunft von Gabriele D'Annunzio in Rom an, was eine Massenbewegung parallel zur Aktion der giolittanischen Generale hervorrufen hätte sollen. Aber die Faschisten wußten, sowohl politisch wie militärisch, den Streich zu parieren. Es glückte ihnen, selbst Giolitti zu täuschen, indem sie ihm die Möglichkeit einer parlamentarischen Lösung der bevorstehenden Krise mit der Bildung eines neuen Kabinetts, in das nur drei oder vier Faschisten eintreten sollten, vorspiegelten. Es gelang ihnen, den König einzuschüchtern und ihn von Facta und von Giolitti zu trennen, und unter Ausnützung der mit diesen politischen Manövern bewirkten Verwirrung ließen sie ihre Truppen am 29. Oktober auf die Hauptstadt losmarschieren.

Die parlamentarische Mehrheit, die dieser Politik der Giolittianer gewogen gewesen war und die sogar in den letzten Monaten zur Bildung einer offen und entschieden antifaschistischen Regierung der Linken geneigt schien, warf sich vor Mussolini, dem Sieger, in die Knie. Sie gestand ihm Vollmachten zu, sie ließ sich in jeglicher Weise beschimpfen und erniedrigen, ja sie hatte nicht einmal die Geste eines Protestes gegen das Regierungssystem der Einschüchterung und der Verfolgungen, das seinen Höhepunkt in der Plünderung des Hauses und in dem Versuch zur Ermordung des Abgeordneten Nitti am Vorabende der Abstimmung über die Erneuerung der Vollmachten erreichte.

Diese allgemeine Lage des italienischen Parlaments hat leider auch ihre Rückwirkungen in der kleinen revolutionären Kammer-

fraktion gehabt. Es sind die Maßnahmen bekannt, die der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Partei gegen Genossen Bombacci getroffen hat. Genosse Bombacci hat es für nötig gehalten, wieder einmal anläßlich der Diskussion über die Handelsbeziehungen zwischen Italien und Rußland in bezug auf die Faschistenregierung eine Sprache zu gebrauchen, die einfach höfisch und eines kleinen Politikasters würdig ist. Und dabei war doch die Lage klar genug, und sehr klar war die Linie, der jeder Abgeordneter des revolutionären Proletariats zu folgen gehabt hätte. Nach 1½ Jahren Hin- und Herschwankens hatte sich die italienische Regierung entschlossen, in der Kammer den Entwurf eines Handelsvertrages einzubringen, der, obgleich er einen großen Schritt vorwärts gegenüber dem vorangegangenen Entwurfe darstellt, trotzdem nicht die Anerkennung de jure der Sowjetrepublik bringt, obgleich der Rat der Volkskommissare es abgelehnt hatte, den vorangegangenen Handelsvertrag zu ratifizieren, eben weil in ihm die Anerkennung de jure fehlte. Die faschistische Regierung ist zu dieser neuen Phase der Verhandlungen gezwungen worden durch den Druck der italienischen Kapitalisten, die mit Schrecken sehen, daß mit dem bevorstehenden Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus das Gleichgewicht der Wirtschaftslage Europas verlorengeht und immer drohender und erdrückender das wirtschaftliche und politische Vasallentum Italiens gegenüber Frankreich hervortritt. Die Verhandlungen mit Rußland sind augenblicklich mehr vom Willen bestimmt, an Frankreich und England Rache zu nehmen, als auch nur von der kleinsten realistischen Absicht, intensive und ständige Handelsbeziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen.

Das Terrain war äußerst günstig für eine kommunistische Offensive, die festzustellen gehabt hätte:

1. Den vollständigen Mißerfolg der Außenpolitik der faschistischen Regierung, die, eng verbunden mit Frankreich, zur wirtschaftlichen Katastrophe Deutschlands und damit zur Verknechtung Italiens unter Frankreich geführt hat.

2. Die abweichende Politik, die vom Generalverband der italienischen Industrie gegen die faschistische Regierung unternommen wird, und das Nachgeben der letzteren gemäß den Linien der Industriellen.

3. Die antiimperialistische Funktion der Sowjetrepublik und die Notwendigkeit, daß die wirtschaftlich schwachen Völker, wenn sie ihre Unabhängigkeit retten wollen, sich auf den Boden wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit dem Sowjetverband zu stellen haben.

Die Kapitalisten haben durch den Abgeordneten Olivetti, Generalsekretär des Industrieverbandes, aussprechen lassen, daß die neuen Verhandlungen mit Rußland zu den gegenwärtigen Ergebnissen nur deshalb gelangt sind, weil in Rußland das kapitalistische Regime völlig wieder hergestellt sei und weil die Bolschewiki sogar den besten Beweis geliefert hätten, daß moderne Zivilisation nur kapitalistisches Regime bedeutet und bedeuten kann.

Genosse Bombacci, statt in die Diskussion den Stolz und die Würde des internationalen Proletariats zu tragen, das in Rußland gesiegt hat und die Macht fest in Händen hält, indem es Formen von Privatwirtschaft kümmerlich leben läßt, die nur den geringsten Teil der Volkswirtschaft darstellen, hat den Ton erniedrigt, indem er der faschistischen Revolution schöntat und den Größenwahn Mussolinis mit den abgedroschensten Gemeinplätzen aufstachelte. Schon seit Anbeginn der Teilnahme einer faschistischen Fraktion am parlamentarischen Leben hatten die Arbeiter mit Schmerz und Befremden gesehen, wie Genosse Bombacci zu diesen Briganten, die ihre Hände noch mit dem Blute des Proletariats befleckt hatten, kein anderes Verhältnis zu schaffen gewußt hatte als ein solches, das nur mit den herzlichsten Formen der Kollegialität ausgedrückt werden kann.

Der von Bombacci in der Regel gebrauchte Ausdruck „der Freund Soundso" war zum Halloh der opportunistischen Zeitungen in ihrer Polemik gegen unsere Partei geworden. In einer kürzlich abgehaltenen öffentlichen Versammlung war der Generalsekretär der Fasci, der Abgeordnete Giunta, als er über diese „seltsame Haltung" Bombaccis sprach, soweit gegangen, in einem halb ernsten, halb spaßhaften Ton und unter lautem Gelächter des faschistischen Pöbels den Vorschlag zu machen, daß Bombacci die Mitgliedskarte der Partei Mussolinis gegeben werde.

Es war unbedingt notwendig, Schluß zu machen mit diesem unziemlichen Freudenfest, das von der unerhörten Schwäche und politischen Einfalt dieses Genossen erhalten wurde, den das heldenhafte Proletariat Triests in die Kammer entsendet hatte, um revolutionären Parlamentarismus zu betreiben . . .

Aus Sowjetrußland

Der Kongreß der wissenschaftlichen Arbeiter in Rußland.

Von A. Lunatscharsky.

** Der unlängst abgehaltene Kongreß der wissenschaftlichen Arbeiter hat eine außerordentlich große und mannigfaltige Bedeutung. In erster Linie sticht seine politische Bedeutung als Symptom eines jähen Umschwunges in der Stimmung der Spitzen der russischen Intelligenz ins Auge.

Jeder weiß, daß unsere sich in der Emigration befindlichen Intellektuellen, die uns gegenüber noch immer von der größten Feindseligkeit erfüllt sind, unmittelbare Beziehungen zu den in Rußland gebliebenen höheren Schichten der Intelligenz aufrechtzuerhalten trachten. Sie versuchen sich, moralisch auf diese zu stützen, indem sie diesen Teil der Intelligenz als einen gefolterten Gefangenen der entsetzlichen Bolschewiki hinstellten. Und wir müssen es gestehen, es hat sehr viele Mühe gekostet, das zwischen diesem Teil der Intelligenz und der Sowjetmacht aufgetürmte Mißverständnis aus dem Wege zu räumen.

Es lohnt sich nicht, alle die Ursachen dieser Mißverständnisse hier aufzuzählen. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung mußte unter den gegebenen Verhältnissen eine bedeutende Verschlimmerung der Lage der Gelehrten nach sich ziehen, und viele von ihnen waren außerdem noch so sehr an jene wissenschaftlichen Tendenzen gebunden, die die kapitalistische Ordnung von ihnen forderte, daß sie sozusagen außerhalb des Bereiches der Bedürfnisse der neuen entgegengesetzten Staats- und Gesellschaftsordnung standen. Man muß mit der größten Zufriedenheit feststellen, daß dieser Kreis, der nicht nur wissenschaftlich am besten qualifiziert, sondern in der Vergangenheit auch am besten bezahlt war und daher durch die Revolution am meisten verloren hat, unter dem Eindruck der Festigkeit der neuen Ordnung und der näheren Bekanntschaft mit ihren wirklichen Tendenzen, seine Gruppentendenzen in sich zu überwinden sowie der neuen Ordnung und ihren Bedürfnissen entschieden entgegenzukommen verstand.

Der ganze Ton des Kongresses war so aufrichtig, so frei von allen Schwankungen, daß es ganz klar zu erkennen war, daß die mehrere hundert erschienenen Vertreter der zahlreichen, in der ganzen Sowjet-Union zerstreuten Gelehrten unentwegt ihre Wegzeichen umstellten, daß die hier stattgefundene politische Demonstration zweifellos ein lautes Echo in ganz Europa und Amerika auslösen wird. Einen Teil, aber einen wichtigen Teil dieser politischen Demonstration bildete die Aufgabe des Kongresses, eine planmäßige und breit angelegte Organisation der Sektionen der wissenschaftlichen Arbeiter im Verbande der Aufklärungsarbeiter zu schaffen.

Es liegt außer jedem Zweifel: neben dem bedeutenden Vorteil, den dieser Schritt für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet, indem er ihr eine neue klassifizierte Gruppe zuführt, garantiert er auch für die Gelehrten selbst eine sozusagen viel stärker klingende Stimme in den verschiedenartigen Sowjets und manchmal auch bei Protesten im Interesse der Verbesserung sowohl ihrer eigenen Lage wie auch der Lage der Wissenschaft. Die auf dem Kongreß lautgewordene Absicht, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine breite Kulturarbeit zu entfalten, kann nur begrüßt werden. Aber nicht weniger Bedeutung hatte der Kongreß auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Unser Wirtschaftsaufbau kann ohne die Hilfe der hochqualifizierten Gelehrten nicht energisch genug gefördert werden. Die Gelehrten erklärten auf ihrem Kongreß entschieden, daß sie den staatlichen Bedürfnissen beim Studium der Produktionsquellen und Produktivkräfte des Landes sowie auch bei der systematischen Durchforschung aller jener Probleme, die mit den Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaues unzertrennlich verbunden sind, entgegenkommen werden. In dieser Beziehung ist der Kongreß die Krönung jenes gesamten Prozesses der Heranziehung von Gelehrten, die der Arbeiter- und Bauernstaat als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtete.

Es wurden auf dem Kongreß Befürchtungen laut, daß die Wendung in der Richtung des Praktischen, zu der einige Redner aufgefordert haben, zur Vernachlässigung der Bedürfnisse der reinen Wissenschaft führen könnte. Ich glaube, daß diese Befürchtungen im allgemeinen grundlos sind, da die Arbeiter-

und Bauernregierung die Bedeutung der reinen Wissenschaft natürlich immer vorzüglich begriffen hat. Aber sie sind vielleicht nicht grundlos, wenn man sie von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, daß zeitweise diese oder jene Elemente der Massen, diese oder jene unteren Staatsfunktionäre den unzertrennlichen Zusammenhang der augenscheinlichen technischen Resultate mit den feinen, abstrakten und auf den ersten Blick als Luxus erscheinenden wissenschaftlichen Forschungen übersehen. Eine gewisse Propaganda der Bedeutung der Wissenschaft ist in unserem kulturell rückständigen Lande nicht gleichgültig.

Der Kongreß kann auch hinsichtlich der Organisierung der Wissenschaft im Weltmaßstabe eine gewisse internationale Bedeutung haben.

Der großartige Bericht des Akademikers Oldenburg stellte jene krankhafte Zersetzung fest, die in der europäischen Wissenschaft vor sich ging. Der Geist des Chauvinismus, der selbst in die besten Gelehrtenköpfe eindrang, die allzu kärgliche Unterstützung der Wissenschaft, selbst in einem so reichen Lande wie England, endlich die katastrophale Lage der Träger der Wissenschaft in Deutschland sind die einzelnen Symptome. Die ersten Schritte auf dem Wege der internationalen Förderung des Aufschwunges der Wissenschaft sind die von ganzem Herzen kommenden Aktionen der russischen Gelehrten für die Gelehrten Deutschlands. Und hier müssen die entsprechenden Resolutionen betont werden. Die russischen Gelehrten, die sich auf ihre vielseitigen Erfahrungen berufen können, fordern die deutsche Wissenschaft zum Zusammenschluß mit dem Proletariat auf, worin sie die einzige Rettung erblicken. Der Antrag des Akademikers Oldenburg, wir aus Rußland mögen die Wiederherstellung der gegenseitigen Verbindungen in der wissenschaftlichen Welt fördern, wird seine Früchte tragen. Es besteht kein Zweifel, daß eine einigermaßen dauerhafte Internationale der Gelehrten und des besten Teiles der Intelligenz nur aus Moskau hervorgehen kann, wo das Herz der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale schlägt. Oldenburg erzählte in seiner Rede, daß er, als ihm deutsche und französische Gelehrten sagten, sie könnten nicht vergessen und nicht verzeihen, antwortete: „Wir in Rußland haben vielleicht unter allerlei Leiden und Zerstörungen vielmehr gelitten als Ihr. Aber wir haben während dieser Zeit gelernt, daß man vergessen und verzeihen muß und daß wir so schnell als möglich unsere Kräfte zum neuen Aufbau vereinigen müssen."

Das war eine gute Lehre, die einer der größten russischen Gelehrten seinen europäischen Kollegen gab. Natürlich wird aber die Masse dieser europäischen Gelehrten diese Lehre solange nicht verstehen, solange nicht eine gewisse Frist abläuft, solange nicht gewisse soziale Erschütterungen sie erwecken werden, die aus dem Geist und dem Herzen der Gelehrten das bürgerliche Gift, mit dem sie der Kapitalismus vergiftete, austreiben werden.

Arbeiterbewegung

Die Knebelung der Gewerkschaften in Brasilien.

** Die brasilianische Regierung ist in ihrer Knebelungspolitik gegenüber der Arbeiterschaft vor kurzem dazu übergegangen, für die Gewerkschaften anzuordnen, daß keine gewerkschaftliche Versammlung „ohne Anwesenheit eines Vertreters der Polizei abgehalten werden darf".

Gegen diese Verordnung hat die „Gewerkschaft von Redakteuren und Angestellten der Presse der Bundesdistrikts Mexiko D. F." ihre mit der brasilianischen Arbeiterschaft solidarische Stimme des Protests erhoben, indem die Gewerkschaft an den Geschäftsträger Brasiliens in Mexiko ein Schreiben sandte, in dem es unter anderem heißt:

„Da diese Verfügung einen Anschlag gegen die gewerkschaftliche Freiheit darstellt, die wir mit allen unseren Kräften an jedem Orte der Welt, wo sie verletzt werden soll, zu verteidigen die Verpflichtung haben, erheben wir im Namen der organisierten Zeitungsarbeiter von Mexiko Ihnen gegenüber in aller Form energischen Protest, den wir Sie ersuchen, an die oberste Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien weiterzuleiten."

Jugendbewegung

Rüstet zum Gedächtnistag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg!

An die werktätige Jugend der ganzen Welt!

** Zu einer Zeit, da die deutsche Arbeiterklasse in schwersten Kämpfen steht, zu einer Zeit, da der Faschismus überall frech sein Haupt erhebt, zu einer Zeit, da der weiße Terror in vielen Ländern wütet und in Deutschland die weiße Diktatur monarchistischer Generale versucht, den Kampf der deutschen Arbeiter, Kleinbauern und verarmten Mittelschichten im Blute zu ersticken, schickt sich das internationale Proletariat an, zum fünften Male den Tag zu begehen, da die Ebert, Scheidemann und Noske zwei unserer Besten, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, meuchlings ermordet haben. Weniger denn je haben wir heute Zeit und Muße, Trauer- und Totenfeiern zu veranstalten. Die Zeiten rufen gebieterisch zum Kampf, zum Kampfe gegen die faschistischen und weißgardistischen Mörder in allen Ländern, denn nicht nur in Deutschland mordet man die Besten aus unseren Reihen, auch in allen anderen Ländern, in Bulgarien, in Italien, in Spanien, in Finnland, und selbst im Orient wütet der weiße Terror gegen unsere Genossen. In Japan wurde erst kürzlich eine ganze Anzahl Genossen, darunter mehrere Mitglieder des ZK. der KJV., meuchlings ermordet.

Jugendliche Arbeiter und Bauern aller Länder! Dagegen gilt es Front zu machen. Am fünften Jahrestage der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs werden wir alle derer gedenken, die für die Sache des Proletariats gefallen sind. Wir geloben uns am Grabe der unzähligen Opfer des proletarischen Befreiungskampfes, diesen Kampf mit gesteigerter Energie und mit aller Entschlossenheit weiterzuführen.

Trotz alledem!

Wir müssen uns dabei bewußt sein, daß wir es mit einem gewaltigen und brutalen Gegner zu tun haben und daß es hart auf hart geht. Wir müssen uns auch bewußt sein, daß wir in diesem Kampfe nur auf uns selbst angewiesen sind, indem wir uns vor Augen halten, daß wir zu unzähligen Malen schon von der sogenannten „Arbeiterpartei" — der Sozialdemokratie aller Länder — schmählich verraten worden sind. Gerade am 15. Januar müssen wir es in alle Winde hinausschreien, daß die Sozialdemokraten — die „Linken" wie die Rechten — die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse sind und die Revolution mit allen Mitteln sabotieren.

Der Kampf gegen Faschismus, Reaktion und weißen Terror ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Führer der Sozialdemokraten, die den Aufmarsch der Weißen begünstigen. Es gilt, diese vor der gesamten Arbeiterschaft zu entlarven und die Arbeitermassen aufzuklären über die Verräterrolle der Sozialdemokratie. Die Arbeiter müssen von der Illusion befreit werden, daß mittels der „Demokratie" unsere Ziele verwirklicht werden können. Der unumschränkte weiße Terror, die Diktatur der Generale, der Faschismus und die Sozialdemokraten haben uns recht anschaulich gezeigt, was diese sogenannte Demokratie ist. Die Stunde der Entscheidung naht! Noch stehen schwere Kämpfe bevor. Nützen wir jede Minute dazu aus, um uns auf diese Kämpfe vorzubereiten. Rüsten wir uns, damit wir diese Kämpfe erfolgreich bestehen werden. Die Augen des Proletariats der ganzen Welt sind heute auf Deutschland gerichtet. Auf Jahre hinaus hängt das Schicksal der Arbeiterklasse von dem Ausgang der Kämpfe in Deutschland ab. Wir müssen daher alles einsetzen, um die deutschen Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Liebknecht rufen wir: Keine Anstrengung ist zu groß, ist groß genug!

Unsere Parolen sind:

Kampf gegen den weißen Terror, den Faschismus, Militarismus und Imperialismus!

Für den Zusammenschluß aller Werktätigen in Stadt und Land, gegen die Intervention der Kapitalisten im Arbeiterdeutschland! Trefft überall Maßnahmen zur materiellen und moralischen Unterstützung der hungernden deutschen Arbeiter und der Opfer des Kampfes! Bildet überall Aktionskomitees zur Verteidigung der deutschen Revolution!

In der ganzen Welt soll millionenfach der Ruf erschallen: Hände weg vom Arbeiterdeutschland!

So ehren wir am besten das Gedenken unserer gefallenen Vorkämpfer.

Moskau, Dezember 1923. **Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.**

Der weiße Schrecken

Der weiße Schrecken.

Von Anatole France (Paris).

Zu der französischen Übertragung des Romanes „Die Eiserne Ferse" von Jack London, die soeben in Buchform erschienen ist, hat der Dichter Anatole France ein Vorwort geschrieben, das wir nachfolgend wiedergeben. Die Redaktion.

** „Die eiserne Ferse" — mit diesem energischen Ausdruck bezeichnet Jack London die Plutokratie. Das Buch, das diesen Titel trägt, erschien im Jahre 1907. Es zeichnet den Kampf, der eines Tages zwischen der Plutokratie und dem Volke entbrennen wird, wenn die Götter in ihrem Zorn es zulassen. Ach! Jack London besaß das Genie, das Dinge, die der Masse der Menschen verborgen bleiben, sieht. Er beherrschte eine Wissenschaft, die ihm gestattete, den Zeiten vorauszueilen. Er hat die ganzen Ereignisse, die sich in unserer Zeit abspielen, vorausgesehen. Das furchtbare Drama, das er uns in „Der Eisernen Ferse" im Geiste vorführt, ist bis heute noch keine Wirklichkeit geworden, und wir wissen noch nicht, wo und wann sich die Prophezeiung des amerikanischen Marx-Jüngers verwirklichen wird.

Jack London war ein Sozialist, ja sogar ein revolutionärer Sozialist. Der Mann, der in seinem Buche die Wahrheit unterscheidet und die Zukunft, das Weise, das Starke, das Gute voraussieht, heißt Ernst Everhardt. Er ist, wie der Verfasser, Arbeiter gewesen, der sein Brot mit seiner Hände Arbeit verdiente. Denn Ihr wißt, daß der Mann, der fünfzig wunderbare lebens- und geiststrotzende Bände geschrieben hat und jung verstarb, der Sohn eines Arbeiters war, der seine glänzende Laufbahn in einem Fabrikbetrieb begonnen hat. Ernst Everhardt ist voller Mut und Weisheit, voller Kraft und Milde, alles Züge, die ihm und dem Schriftsteller, der ihn geschaffen hat, gemeinsam sind. Und um die zwischen ihnen beiden bestehende Ähnlichkeit zu vollenden, gibt der Verfasser seinem Helden ein Weib mit großer Seele und starkem Geist, das ihr Gatte zur Sozialistin macht. Und wir wissen anderseits, daß Frau Charmian samt ihrem Gatten Jack aus der Labour Party austrat, sobald diese Partei Zeichen von Moderantismus verriet.

Die beiden Aufstände, die den Gegenstand des Buches bilden, das ich hier dem französischen Leser darbiete, sind blutiger Natur. Sie stellen in den Plänen derer, die sie provozieren, eine solche Treulosigkeit und in ihrer Durchführung soviel Grausamkeit dar, daß man sich fragt, ob sie in Amerika, in Europa und besonders in Frankreich überhaupt möglich wären. Ich selbst würde sie nicht für möglich halten, wenn ich nicht die Beispiele der Junitage und die Niederschlagung der Kommune von 1870 vor Auge hätte, die mich daran erinnern, daß gegen die Armen alles und jedes erlaubt ist. Alle Proletarier Europas haben wie ihre amerikanischen Klassengenossen die Eiserne Ferse am eigenen Leibe zu spüren bekommen...

Eines Tages wird jedoch der Kampf zwischen Arbeit und Kapital wieder aufflammen. Dann wird man wieder Tage erleben wie bei den Aufständen in San Franzisko und Chicago, von denen uns Jack London bereits im voraus die unbeschreiblichen Greuel schildert. Dennoch besteht absolut kein Grund zur Annahme, daß an jenem (näheren oder ferneren) Tage der Sozialismus abermals unter der Eisernen Ferse zermalmt und im Blute erstickt werden wird.

Im Jahre 1907 hatte man Jack London zugerufen: „Du bist ein schrecklicher Pessimist!" Ehrliche Sozialisten beschuldigten ihn, er trage den Schrecken in die Partei. Aber sie hatten Unrecht. Diejenigen, die die kostbare und seltene Gabe haben, Dinge vorauszusehen, müssen die Gefahren, die sie voraus ahnen, öffentlich bekanntgeben. Ich entsinne mich, daß der große Jaurès mehr als einmal gesagt hat: „Bei uns kennt man die Kräfte der Klassen, gegen die wir den Kampf zu führen haben, nicht genügend. Sie haben die Macht, und man schreibt ihnen die Tugend zu. Die Geistlichen haben die Moral der Kirche verlassen, um die des Betriebes anzunehmen. Und die ganze Gesellschaft wird, sobald sie ernstlich bedroht ist, auf dem Plan erscheinen, um sich zu verteidigen." Auch er hatte recht, genau so wie Jack London recht hat, uns den prophetischen Spiegel unserer Fehler und Unvorsichtigkeiten vorzuhalten.

Wir wollen die Zukunft nicht kompromittieren. Sie gehört uns. Die Plutokratie wird fallen. In ihrer Machtfülle erkennt man schon die Anzeichen ihres Zusammenbruches. Sie wird verschwinden, weil jedes Kastenregime dem Tode geweiht ist. Die Lohnknechtschaft muß verschwinden, weil sie ungerecht ist. Sie wird fallen zu einer Zeit, wo sie noch hochmütig auf ihre Macht pocht, genau wie die Sklaverei und die Leibeigenschaft gefallen sind.

Und wenn man sie aufmerksam beobachtet, bemerkt man heute schon, daß sie altersschwach ist. Der Krieg, den die Großindustrie aller Länder gewollt hat, der Krieg, der ihr Krieg war, der Krieg, von dem sie neue Reichtümer erhoffte, hat soviel und so tiefgehende Verheerungen angerichtet, daß die internationale Oligarchie selbst von ihnen erschüttert wurde und der Tag herannaht, wo sie auf dem ruinierten Europa krachend zusammenstürzen wird.

Ich kann jedoch nicht ankündigen, daß sie mit einem Schlage und kampflos zusammenbrechen wird. Sie wird sich zur Wehr setzen. Ihr letzter Krieg wird vielleicht langwierig sein und verschiedentlich Höhe- und Niederpunkte aufweisen. O, Ihr Erben der Proletarier, o, Ihr zukünftigen Generationen, Ihr Kinder der neuen Zeit, Ihr werdet den Kampf führen, und wenn einmal grausame Rückschläge Euch an dem Erfolg Eurer Sache zweifeln lassen, so werdet Ihr wieder Mut fassen und mit dem edlen Everhardt ausrufen: „Diesmal haben wir zwar verloren, aber nicht für immer! Wir haben sehr viel Dinge gelernt. Morgen wird unser Kampf sich neu erheben, reisiger und gestärkt an Weisheit und Disziplin!"

Rote Hilfe

Das Elend der Kinder der politischen Gefangenen.

Von Heinrich Vogeler (Worpswede).

** Über die Verelendung der Kinder und Angehörigen der in den Gefängnissen schmachtenden sogenannten „politischen Verbrecher", besonders in Deutschland, ist in vielen Ländern wenig bekannt. Aber es ist nicht nur durch das Schreckensregiment Horthys in Ungarn, durch die Vernichtungswut der italienischen Faschisten und die tierischen Grausamkeiten der bulgarischen Militaristen ein so großes Elend in die armen Bauern und Arbeiter hereingetragen, sondern, unterstützt durch die verzweifelte Wirtschaftslage, sind in Deutschland die Versorgungsverhältnisse der lebendig Begrabenen unerträglich geworden.

In der Organisation der Roten Hilfe haben sich nun die internationalen Kräfte zusammengeschlossen, um das Los der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen zu mildern. Die stärkste Kraft innerhalb der Organisation sind die Arbeiter und Bauern Rußlands. In Rußland fühlt sich das ganze werktätige Volk solidarisch mit den Ausgebeuteten der westlichen Länder. Bei dieser Hilfsaktion fragt niemand nach Parteizugehörigkeit. Parteilose sowie Parteimitglieder veranstalten Versammlungen, in denen die Resultate großer Sammlungen der Roten Hilfe überreicht werden. Im Süden Rußlands bebauen die Bauern in freiwilliger Arbeit große Landstrecken für die Rote Hilfe, die Frauen weben Leinen, nähen Hemden, Stiefelleder wird herangeschafft, und große Geldsummen bringt man auf. Dies alles bei einer sehr schweren Wirtschaftslage in Rußland, die durch die Sabotage des russischen Getreidemarktes durch die Außenländer und durch die mangelhaft und zu langsam sich erfüllenden Konzessionsverpflichtungen hervorgerufen sind. Trotz alledem haben in Rußland Fabrikbetriebe ja ganze Gouvernements durch die Rote Hilfe Chefstellen, ein Art Adoptivverhältnis, aufgebaut, so daß bestimmte Summen oder ein Lohnanteil einzelnen Gefangenendistrikten, Kinderheimen und Schulen der Roten Hilfe im Auslande zugute kommen. In Deutschland hat die Rote Hilfe zwei Kinderheime, ein Erholungsheim in Thüringen für den vorübergehenden Aufenthalt von Kindergruppen und die Arbeitsschule Barkenhof in Worpswede als Schulinternat für die hinterbliebenen Waisenkinder revolutionärer Eltern. Es fehlt an Mitteln, es fehlt an Manufakturwaren, Lebensmitteln usw. für die Kinder. Aber auch wäre es sehr zu begrüßen, wenn jene Länder, die nicht unter dem imperialistischen Kriege zusammenbrachen, verelendete Kinder von deutschen Gefangenen zur Pflege und Erholung aufnehmen würden.

Wie in Rußland in jeder Stadt, in jedem Dorf die Rote Hilfe ihre Vertreter hat, so wächst deren Organisation heute schon über die ganze Welt; sowohl in Ägypten wie in Mexiko und in den entferntesten Gegenden Asiens hat sie sich organisiert. Da der Winter und die immer tiefer sinkende Lage in Deutschland die verelendeten Kleinen in schwierigste Verhältnisse bringt, so ist große Initiative der ausländischen Freunde notwendig. Mögen sich alle Kräfte an die Organisation der Roten Hilfe wenden, die die organisatorische Verbindung mit fast allen Ländern in sich vereinigt.

Buchbesprechung

„Protokoll der Erweiterten Exekutive-Sitzung der KI. vom 12.—23. Juni 1923."*)

Von Paul Böttcher.

** Das Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale im Juni 1923 liegt jetzt gedruckt vor. Nach den Oktoberereignissen in Deutschland ist dieses Protokoll zur Information über die Taktik der KI. von besonderer Bedeutung. Die Sommertagung der Erweiterten Exekutive wurde noch stärker wie der IV. Weltkongreß beherrscht von der Behandlung der Einheitsfronttaktik. Das Ergebnis dieser Sitzung war die einmütige Feststellung: Die Parole der Einheitsfronttaktik ist richtig und ihre Anwendung notwendig. Das strategische Manöver der Einheitsfronttaktik wurde von Sinowjew so charakterisiert:

„Wir wollten und wollen uns mit jedem sozialdemokratischen Arbeiter im Kampfe gegen die Bourgeoisie vereinigen. Um das aber zu erreichen, müssen wir uns angesichts des Kräfteverhältnisses, das sich seit 1921 ungefähr ergeben hat, an die sozialdemokratischen Zentralkomitees wenden; wir müssen uns an die oszialdemokratischen Führer wenden, obwohl wir sehr gut wissen, daß diese Leute den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht wollen!"

Um die Verbreiterung der Basis der kommunisti- Parteien zu erreichen, mußten sich die kommunistischen Parteien schen Parteien zu erreichen, mußten sich die kommunistischen Parteien auch an die sozialdemokratischen Führer wenden. In einzelnen konkreten Fragen sollten diese vor ihren eigenen Anhängern bekennen, in welchem Lager sie stehen. Die deutsche Partei verstand es, durch jahrelange Anwendung der Einheitsfrontstrategie die Zersetzung der Sozialdemokratie so zu fördern, daß sich ein organisierter linker Flügel innerhalb der VSPD. bildete. Diese „Linken" sind alte gute Bekannte von Halle. Es sind jene Zentristen, die auf dem Spaltungsparteitag von Halle das Bündnis mit Ebert und Noske dem Kampf an der Seite von Hunderttausenden vorzogen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wurden von der radikalen Phraseologie jener Zentristen lange Zeit getäuscht. Viele ehrlichen proletarische Elemente innerhalb der VSPD. glaubten an die Möglichkeit, unter der Leitung dieser Führer aus der VSPD. eine revolutionäre Partei zu schaffen. Denn diese Führer würden den Kampf mit der Bourgeoisie sicher nicht scheuen und sich an die Spitze jeder Massenbewegung stellen. Der beispiellose Verrat dieser „Linken" bei der Reichswehrexekutive gegen Sachsen zeigt, daß dieser Glaube der sozialdemokratischen Arbeiter ein Aberglaube ist. Die politische Erfahrung hat der Arbeiterschaft an dem sächsischen Beispiel bewiesen, daß die „linken" Führer der VSPD. ebensowenig kämpfen, wie die rechten. Die Schlußfolgerung hat die deutsche KP. aus diesen Erfahrungen nach der Oktoberbewegung gezogen: Einheitsfront von unten! Das Doppelspiel der Sozialdemokratie, die für die Betrugsmanöver an den Arbeitern ihre „Linken" vorschickt, während die Rechten mit der Bourgeoisie gemeinsame Sache machen, ist ein für allemal entlarvt. Das ist eine wichtige Lehre aus der Anwendung der Einheitsfronttaktik in Deutschland nach der Erweiterten Exekutive.

Der Weg der deutschen Partei seit der Erweiterten Exekutive hat einen Fehler — der ein Fehler aller Parteien ist — bloßgelegt, der für den Machtkampf von entscheidender Bedeutung ist. Im Kampfe um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, um die Verbreiterung der Basis der Kommunistischen Partei versäumte die Partei die systematische Vorbereitung der militärischen Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse. Die KP. muß die Verbindung mit den breitesten Massen halten. Sie muß aber wissen, daß sie im Kampfe allein stehen wird an der Spitze der Massen. Deshalb muß sie auch allein die militärischen Vorbereitungen für die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Gegner treffen. Was in dieser Beziehung jahrelang vernachlässigt wurde, läßt sich in wenigen Wochen nicht einholen. Die Oktoberniederlage der deutschen KP. ist in dieser Frage eine ernste Warnung an alle Sektionen der KI. Die nächste Erweiterte Exekutive muß in dieser Frage nachholen, was die letzte versäumte.

Der siegreiche Vormarsch der Kapitalsoffensive in Deutschland seit Juni dieses Jahres zeigt den Faschismus in Deutschland in ganz neuem Licht. Die Erweiterte Exekutive gelangte aus dem vorliegenden Material zweifellos zu einer verallgemeinernden Einschätzung des internationalen Faschismus. Der Begriff des Faschismus ist heute noch in Deutschland strittig. Die einen behaupten, er werde verkörpert durch Hitler und Ludendorff, die andern sagen, Seeckt sei kein schlechterer Faschist als Ludendorff und Konsorten. Diese verschiedenartige Beurteilung des Faschismus ist das Ergebnis von mancherlei Verwandlungen, die er durchlaufen hat und der in ihm fressenden Zersetzung. In Deutschland konnte der Faschismus auf die berauschende Romantik verzichten. Die Parlamente und Regierungen dankten in seinem Namen freiwillig ab. Die bürgerliche Demokratie kuschte willig vor dem Generalstiefel der Militärdiktatur. Die Diktatur der Schwerindustrie ist in Deutschland der Faschismus. In dieser deutschen Spielart des Faschismus waren auf der Erweiterten Exekutive die Konturen sichtbar. Die Machtübernahme durch den Faschismus in Deutschland ist kein einmaliger Kampfakt, sondern ein langer Prozeß, der in dem Maße vorwärtsschreitet, wie die Sozialdemokratie Stück um Stück die proletarischen Massen verrät.

Die KPD. ist illegal. Die Militärdiktatur im Bunde mit der Sozialdemokratie will mit dem Verbot der KPD. diese Massenpartei in die Isolierung drängen. Mehr denn je muß in den deutschen kommunistischen Arbeitern die Mahnung der Erweiterten Exekutive lebendig sein: „Seid keine Zunftpartei!" In der Illegalität hat die Partei die Aufgabe, die Kämpfe vorzubereiten und zu organisieren. Die Partei muß sich aber vor Rückfällen in Kinderkrankheiten hüten. Sie muß verhindern, daß die Kämpfe kleine Gefechte kommunistischer Vorhuten bleiben. Es gilt gerade jetzt, diese Kämpfe zu steigern zu Schlachten der großen Masse mit der herrschenden Klasse. Neue Erfahrungen müssen gesammelt, alte dürfen nicht vergessen werden. Die Schwerindustrie will unter ihrer Diktatur die kleinbürgerlichen Mittelschichten so gut zermalmen wie das Proletariat. Die sozialen Voraussetzungen für die breiteste politische Basis der Arbeit der KPD. sind gegeben. Es kommt auf die KPD. an, diese Basis zu schaffen.

*) „Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 12. bis 23. Juni 1923." Verlag Karl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8.

Eine Bitte an unsere Leser!

Die Internationale Presse-Korrespondenz ist in die Zwangslage versetzt, sich mit folgender Bitte an ihren Leserkreis zu wenden:

Die Inprekorr benötigt äußerst dringend eine größere Anzahl aller derjenigen ihrer Ausgaben in deutscher Sprache, die seit dem 1. Juli d. J. erschienen sind. Da uns kein anderer Weg übrig bleibt, treten wir mit der Bitte an unsere Leser heran, uns — wenn nur irgend möglich — die in ihrem Besitze befindlichen, seit dem oben bezeichneten Zeitpunkt erschienenen Exemplare zur Verfügung stellen zu wollen.

Wir bitten recht herzlich um sofortige Einsendung solcher Nummern an unsere Adresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.

Auch für die Überlassung einzelner hier in Betracht kommenden Ausgaben sind wir sehr dankbar.

Wir vergüten allen Einsendern den doppelten Betrag der zurzeit geltenden Bezugsgebühr für die gleiche Anzahl der uns zugesandten Exemplare.

Redaktion der Inprekorr.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Langegasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.